

## Niederschrift

### zur 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 14.04.2011	18:00 - 20:45 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Monika Fiedler , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Maria Meinel , Anne Müller Nachrückkandidatin für Herrn Oberländer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Jurik Stiller , Stephan Wende

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke verlässt 20:15 Uhr nach öffentlichem Teil die STVV, Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze , Anja von Collrepp , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Reinhard Ksink verlässt 20:30 Uhr wegen Befangenheit zur DS 5/ 324 die STVV, Petra Schumann ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz verlässt 19:50 Uhr die STVV, Jens-Olaf Zänker ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Eckhard Fehse , Jürgen Roch , Dr. Ingo Wetter ,

##### Gäste

Elisabeth Berger , Hannelore Hoffmann , Ingeburg Kollin ,

##### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Lothar Nachtigall ,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ,

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde/ Spree und begrüßt die Anwesenden.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 20. Sitzung vom 03.03.2011**

**Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert, dass sich in der Einwohnerfragestunde der letzten STVV am 03.03.2011 ein Stadtverordneter zur Problematik der „Altanschießer“ geäußert hat.

Er teilte mit, dass er gegenwärtig gegen den Zweckverband Fürstenwalde zwei Klagen vor dem OLG vertrete, in denen es gerade um die Abwehr von Ansprüchen geht, die gegen die „Altanschießer“ gerichtet worden sind.

Die Frage, ob diese Äußerung des Stadtverordneten bereits den Tatbestand des Mitwirkungsverbot nach § 22 Abs. 1 Nr. 1 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BdgKVerf) erfüllt oder das Mitwirkungsverbot erst greift, wenn entsprechende Beschlussfassungen anstehen, wurde an den Landkreis Oder-Spree weitergereicht.

Der LOS verweist in seiner Antwort ebenfalls auf die Regelung des § 22 Abs. 1 Nr. 1 der BdgKVerf, wonach der ehrenamtlich Tätige weder beratend noch entscheidend mitwirken darf, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann.

### **Fazit:**

Ein Mitwirkungsverbot ist demnach nur im Rahmen kommunaler Beratungs- und Entscheidungsprozesse anzuwenden.

Aus Sicht des Landkreises ist die Äußerung des Stadtverordneten lediglich als „Werbung in eigener Sache“ zu werten und hat insoweit keine rechtliche Konsequenz.

Der Vorsitzende erteilt das Wort an die Abg. Wagner, da diese in ihrer Funktion als Vorsitzende des Kultur- und Sozialausschusses eine Information für alle Stadtverordneten hat.

Frau Wagner informiert, dass ihr Ausschuss sich in den letzten 2 Sitzungen ausführlich mit dem Thema Jugendbeteiligung in der Stadt Fürstenwalde/ Jugenbeirat befasst hat. Es gibt ein eindeutiges Votum des Ausschuss, welches heißt:

Die Stadt Fürstenwalde bekennt sich zur Bildung eines Jugendrates und zur Jugendbeteiligung in der Stadt Fürstenwalde.

Die Abg. Wagner bittet darum, dieses Votum bei Gelegenheit in der STVV von allen Abgeordneten bestätigen zu lassen.

Die Arbeitsgruppe § 76 will die Arbeit unterstützen und derzeit wird ein Plakat mit einem Aufruf an die Jugendlichen erarbeitet, in diesem Gremium mitzuwirken.

### **TOP 5.1 Benennung eines Nachfolgekandidaten der Fraktion DIE LINKE. hier: Müller, Anne**

Der Vorsitzende teilt mit, dass Herr Oberländer aus der Fraktion „DIE LINKE“ am 22.03.2011 schriftlich darüber informiert hat, dass er aus beruflichen Gründen sein Mandat niederlegt.

Die Nachrückkandidatin für die Fraktion ist Frau Anne Müller.

Herr Teichmann heißt Frau Müller im Namen aller Anwesenden herzlich willkommen und wünscht ihr viel Spaß und Freude bei der gemeinsamen Arbeit.

## **TOP 5.2 Benennung von Ausschussmitgliedern in den Ausschüssen, Fraktion DIE LINKE.**

Der Vorsitzende informiert, dass die Fraktion DIE LINKE gemäß § 43 Abs. 2 BbgKVers ihre Besetzung in den Ausschüssen verändert hat.

Die neue Besetzung ist wie folgt:

### **Für den Hauptausschuss**

Als ordentliche Mitglieder: Gerold Sachse, Maria Meinl, Monika Fiedler, René Benz, Jurik Stiller.

Als Stellvertreter: Käthe Radom, Martin Gollmer, Jürgen Grasnick, Lothar Nachtigall, Stephan Wende.

### **Für den Ausschuss für Stadtentwicklung**

Als ordentliche Mitglieder: Stephan Wende, Maria Meinl, René Benz, Jurik Stiller, Jürgen Grasnick.

Als Stellvertreter: Gerold Sachse, Lothar Nachtigall, Monika Fiedler, Käthe Radom, Martin Gollmer.

### **Für den Ausschuss für Kultur und Soziales**

Als ordentliche Mitglieder: Monika Fiedler, Anne Müller, Käthe Radom, Martin Gollmer, Gerold Sachse.

Als Stellvertreter: Jürgen Grasnick, René Benz, Jurik Stiller, Maria Meinl, Lothar Nachtigall.

### **Ausschuss für Rechnungsprüfung**

Als ordentliche Mitglieder: Martin Gollmer, Käthe Radom, Lothar Nachtigall.

Als Stellvertreter: Maria Meinl, Jürgen Grasnick, Anne Müller.

## **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister begrüßt die Gäste, Abgeordneten und ganz besonders die neue Abgeordnete Frau Müller und verbindet dies mit dem Wunsch und der Bitte, nach einer guten und fairen Zusammenarbeit.

Herr Hengst berichtet über die Ereignisse in der Stadt seit der letzten Stadtverordnetenversammlung:

- |          |                                                                                                                                                                                                                                                                                      |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 7. März  | Perspektivwechsel: Prof. Dr. Bertil Haack von der TH Wildau in Begleitung von Dr. Stieler hat für einen Tag die Aufgaben des Bürgermeisters übernommen.                                                                                                                              |
| 8. März  | 100. Internationaler Frauentag und Auftakt der Frauenwoche (Verteilung von 500 fair gehandelten Rosen) – viele Informations- und Unterhaltungsveranstaltungen für Frauen im gesamten Stadtgebiet von unterschiedlichsten Trägern                                                     |
| 9. März  | Veranstaltung "Frauen Macht Kommune" in der Kulturfabrik                                                                                                                                                                                                                             |
| 11. März | Standesamt nimmt 1. Trauung im neuen Trauzimmer                                                                                                                                                                                                                                      |
| 21. März | Beginn der Sanierungsarbeiten am 500 Jahre alten Rathaus<br>Aktion „Saubere Stadt“ läuft an und soll bis zum 20. April abgeschlossen sein.<br>Bauarbeiten am Club im Park müssen weiter aufgeschoben werden, da die Steinadler im Tierpark brüten - Entscheidung für den Naturschutz |
| 26. März | 2. Fürstenwalder Shoppingnacht – voller Erfolg                                                                                                                                                                                                                                       |
| 27. März | 1. NCC Spreelauf – über 700 aktive Läuferinnen und Läufer                                                                                                                                                                                                                            |
| 1. April | Aufklärung und Distanzierung des Bürgermeisters zu den grenzwertigen Aprilscherzen der Presse zu folgenden Themen: - Ketschendorf<br>- Moschee-Bau auf ehemaliger Staatsreserve                                                                                                      |
| 2. April | Feuerwehrball in Trebus – Verweis auf Spendensammlung für Japan durch die freiwillige Feuerwehr organisiert und                                                                                                                                                                      |

- Bitte an die Abgeordneten, sich an den Spenden über den mitgebrachten Spendenfeuerlöscher zu beteiligen.
4. April Perspektivwechsel: Ein Tag des Bürgermeisters an der TH Wildau  
Organisation des Wochenmarkts wieder in den Händen der Stadt Fürstenwalde/Spree
11. April Straße am Goetheplatz hat Schwarzdecke erhalten, nachdem der erste Vertragspartner insolvent gegangen ist, ist die zweitplazierte Firma zu den gleichen Konditionen eingesprungen.
- Kommende Ereignisse:
1. Mai Fest im Heimattiergarten und  
voraussichtliche Wiedereröffnung des Clubs im Park  
Familiade der BSG Pneumant im Rudolf Harbig Stadion
5. bis 7. Mai „Handel im Wandel der Zeit“ – ein weiteres Shopperlebnis  
(10 Jahre Fürstengalerie, 15 Jahre Rathauscenter und 500 Jahre Altes Rathaus)
14. Mai Aktionstag „Fit in die Radfahrtsaison“ (Informationen, Sternfahrten, Parcours, Gesprächsangebote)

## **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Herr Schneider aus dem Wohngebiet Heideland berichtet, dass auch er auf den Aprilscherz der Presse zum Thema Moscheenbau hereingefallen war, damit aber hätte leben können.

Herr Schneider informiert, dass er im Stadtentwicklungsausschuss erfahren hat, dass bei Änderung des Flächennutzungsplanes Ausgleichsflächen für das Heideland geschaffen werden sollen. Er möchte wissen, wie dies erfolgen kann und wird.

Der Bürgermeister interpretiert die Anfrage von Herrn Schneider so, indem er erklärt, sollte der Bebauungsplan Staatsreserve auf den Weg gebracht werden, ist völlig klar, dass für den Wald, der abgetragen werden muss, Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

Herr Schneider ging davon aus, dass davon auch der Bereich Heideland betroffen sei. Dies - so der Bürgermeister - sei nicht so.

Herr Hengst stellt nochmals klar, dass bei der Staatsreserve, wie ursprünglich vorgesehen, auf eine gewerbliche Nutzung verzichtet wird und der hintere Teil des Waldes somit stehen bleiben wird. Da dieser nicht so verdichtet ist, wird voraussichtlich dort noch eine Aufforstung stattfinden können. Im Rahmen der Erstellung des B-Planes werden noch zusätzliche Flächen ausgewiesen, wo dann Ersatzmaßnahmen geschaffen werden. Dabei handelt es sich um eine übliche Vorgangsweise bei der Erstellung von B-Plänen. Der Bereich Heideland wird hier nicht berührt.

Der Bürgermeister bietet Herrn Schneider an, sich auf bilateraler Ebene im zuständigen Fachbereich zusammzusetzen, um somit sämtliche Unklarheiten auch in Bezug auf die Darstellung des Außenbereiches im Heideland als Waldfläche zu beseitigen.

Herr Schneider führt weiter an, dass im Zuge der Sanierung der Hangelsberger Chaussee eine 85-jährige Dame aus seinem Wohngebiet auf ihn zugekommen ist und darum bittet, den Radweg bis hin zum Stadion zu sanieren.

Der Bürgermeister führt an, dass die Sanierung der Straße Aufgabe des Landes ist und hier auch die Information an die Stadt zur bevorstehenden Sanierung sehr kurzfristig erfolgt ist.

Für den Radweg ist die Stadt zuständig, diese hat aber derzeit dafür keine Gelder im Haushalt der Stadt Fürstenwalde geplant. Der Bürgermeister ist dennoch auch daran interessiert, diesen Radweg zu sanieren, da dieser Weg viele Besucher und Sportler ins Friesenstadion führt. Herr Hengst nimmt den Hinweis als Arbeitsauftrag mit in die Verwaltung.

Herr Matthias Rudolf hat den TOP Solarpark Flugplatz betreffend einige Fragen bzw. Anmerkungen. Dabei verweist er auf Informationen, die er aus der örtlichen Presse, wie z.B. dem Artikel aus der MOZ vom 14.04.2011 entnommen hat bzw. die ihm öffentlich zugänglich sind.

Die Fragen lauten wie folgt:

1. Handelt es sich bei dieser geplanten Investition um einen neuen Investor als den vor ca. einem Jahr?
2. Warum gibt es jetzt plötzlich einen neuen Investor, was ist mit dem alten Investor passiert?
3. Wie sieht die Wirtschaftlichkeitsberechnung heute aus und was ist mit den für die Stadt zu erwartenden 4 Mio € Gewerbesteuerereinnahmen aus der letzten Wirtschaftlichkeitsberechnung passiert?
4. Welche Anträge gibt es noch zu diesem Projekt? Liegen diese den Abgeordneten vor?

Herr Rudolf erinnert weiterhin an die Tatsache, dass lt. Herrn Hengst ursprünglich das Gebiet als sogenanntes Filet-Grundstück für große Ansiedlungen vorgehalten wurde.

Des Weiteren möchte Herr Rudolf erläutern haben, warum solch ein Zeitdruck besteht? Aus seiner Sicht

Der Vorsitzende erinnert Herrn Rudolf daran, dass der TOP - Einwohnerfragestunde heißt und er sich auf Fragen an das Gremium beschränken und keine Statements und Wertungen abgeben sollte.

Herr Rudolf weist abschließend darauf hin, dass die STVV schon einmal beschlossen hat, den Flugbetrieb fortzusetzen und auf Grund der in der Vergangenheit turbulenten Abstimmungen zu diesem Thema geht Herr Rudolf von einer namentlichen Abstimmung aus, da ihm die Zukunft dieser Stadt sehr am Herzen liegt.

Der Vorsitzende erteilt dem Bürgermeister das Wort:

Herr Hengst erklärt, dass er kurz auf die Fragen von Herrn Rudolf eingeht, wobei er den Hinweis gibt, Informationen aus der Presse mit Vorsicht zu behandeln, weil Sachverhalte dort oft nicht umfassend dargestellt werden können.

Es gibt keinen neuen Investor für den Solarpark, der jetzige ist der Alte.

Wir können und dürfen keinen Flächennutzungsplan, keinen Bebauungsplan (B-Plan) zugunsten eines Einzelnen erstellen. Dann würden wir einen Vorhabens- und Erschließungsplan erstellen. Wir schaffen Baurecht für eine bestimmte Nutzung eines Grundstückes. Wer immer dieser Nutzer auch sein wird, steht auf einem völlig anderen Blatt. Insofern müssen wir heute neutral und losgelöst von einem Investor entscheiden, ob wir die Nutzung so wollen oder ob wir es nicht wollen. Mit ist kein neuer Investor bekannt.

Was lediglich auf den Weg gebracht worden ist, ist die Forderung, die hier vor Monaten aufgestellt worden ist, dass es schön wäre, wenn der Investor seine Firma hier in Fürstenwalde anmelden würde und damit eventuelle Steuereinnahmen dann auch hier in der Stadt bleiben. Dazu gibt es keine neuen Erkenntnisse. Fakt ist aber auch, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung eine andere ist, wenn nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der erste Strom fließt und das hat nichts damit zu tun, dass der Investor auf einmal andere Ideen hat oder wir als Stadt andere Ideen haben, sondern hat schlichtweg damit zu tun, dass die Absenkung der Einspeisevergütung von der Bundesregierung, von Januar 2012 auf September 2011 vorgezogen worden ist. Das heißt, man bekommt weniger Geld für den eingespeisten Strom. Das ist die Motivation, die der Investor hat. Hier besteht auch überhaupt kein Zeitdruck. Aber klar ist, wir haben uns vor Monaten und das haben Sie gerade eben angesprochen, entschlossen, den Flugplatz so aufzuteilen, dass ein Teil Solaranlage sein soll und ein Teil gewerbliche Investition. Und auch da gilt, Flugplatz ist eher etwas für Großansiedlungen und die Frage ist, ab wann fangen Großansiedlungen an und wo hören sie auf? Wenn ich bis zu 400.000 m<sup>2</sup> Gewerbefläche anbieten kann, dann ist das für mich mehr als eine Großansiedlung, weil die haben wir in Fürstenwalde bisher nicht ansiedeln können. Die größte Ansiedlung, die wir flächenmäßig in Fürstenwalde haben, ist Odersun mit etwas über 100.000 m<sup>2</sup>. Also wenn wir das Vierfache an Fläche dort zur Verfügung haben, ist das eine entsprechend große Fläche. Der zweite Punkt ist, wenn wir über Großansiedlungen reden, wird es nicht gelingen, dass wir als Stadt diese organisieren können, denn diese Großansiedlungen werden natürlich mit entsprechenden Fördermitteln begleitet. Das heißt, hier schalten sich dann Land und Bund ein und dann werden auch Flächen landesweit in die Auswahl gezogen und es gibt eine weitere Ersatzfläche, die dann zur Verfügung stehen würde.

Aber eines haben wir bislang noch nicht erwähnt, nämlich, dass wir hier gar nicht über unsere

Flächen entscheiden. Hier entscheiden wir über die Flächen eines Privateigentümers, der gerne seine Flächen nutzen möchte. Dazu können wir jetzt Baurecht schaffen, wir können es aber auch lassen.

Das ist die Entscheidung, da diese grundsätzlich vor Monaten getroffen worden ist, gibt's für uns auch keinen Grund, jetzt als Stadt dieses Verfahren, sofern wir es überhaupt können, mitzubegleiten und zu beschleunigen, so dass wir möglichst schnell Baurecht erhalten. Das steht noch gar nicht fest, da gibt es noch ganz viele Hürden, ob das wirklich klappt, ist heute in der Zeitung erwähnt worden. Einmal die Herauslösung als Flugplatz generell, d.h. wir müssen eine Freigabe aus der öffentlichen Nutzung bekommen, sonst funktioniert es eh nicht. Wir brauchen die Zustimmung des Landesumweltamtes, sonst funktioniert es auch nicht.

Was wir jetzt machen wollen, ist der Beschluss, das Verfahren weiter voranzutreiben, so dass wir die Träger öffentlicher Belange anschließend anhören können und die Bürger sich beteiligen können, dass eine Auslegung stattfindet und das jeder seine Bedenken und damit natürlich auch Sie Ihre Bedenken vortragen und begründen können und danach wird dieses Gremium in der Konsequenz darüber entscheiden müssen, ob die Bedenken so nachhaltig sind, dass man von einer Beschlussfassung des B-Planes absieht, oder aber eben nicht. Alles was wir jetzt machen ist Vorbereitung für späteres Planungs- und damit Baurecht.

Insofern noch einmal abschließend, Zeitdruck haben nicht wir als Verwaltung. Entweder wollen wir es als Stadt oder wir wollen es nicht. Meine Interessen als Bürgermeister gehen eigentlich nur dahin, dass, wenn wir uns entschlossen haben, dass wir es wollen, sollte man natürlich auch die besten Bedingungen für uns nutzen und dann würden natürlich immer auch, unterstellt, das Projekt kommt, das Projekt trägt sich und weist Gewinne aus, das ist von dem Investor mal dargestellt worden,

nichts desto trotz das alles auch nur ein Stück Papier. Wir können dies nicht überprüfen. Aber sollte es so sein, würden wir natürlich auch entsprechend über die Abführung der Gewerbesteuer, die ja eine gewinnsteuer ist, partizipieren. Ob das so kommt, das weiß niemand, aber noch einmal, was wir heute machen, ist keine Beschlussfassung eines B-Planes für Meier, Müller, Schulze sondern die Entscheidung, ob der Flugplatz künftig so genutzt werden soll oder ob er nicht so genutzt werden soll. Und wenn die Mehrheit anderer Meinung ist, dann wird es eben nicht passieren.

Der Vorsitzende dankt dem Bürgermeister für die ausführliche Darstellung der Problematik und bittet Herrn Rudolf darum, weitere Anfragen schriftlich einzureichen.

## **TOP 8      Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 8.1      Wirtschaftsplan 2011 des Städtischen Betriebshofes Fürstenwalde -      5/316                  Kommunalen Eigenbetrieb**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den anliegenden Wirtschaftsplan 2011 des Städtischen Betriebshofes – Kommunalen Eigenbetrieb -.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.2      Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, des Ortsbeirates Trebus, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtlich selbständigen Unternehmen (2. Änderung)      5/312**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree, des Ortsbeirates Trebus, der sonstigen Beiräte, der Wahlhelfer sowie für Vertreter der Stadt in rechtlich selbständigen Unternehmen (2. Änderung).

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.3 Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde 5/305**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die in der Anlage beigefügte Verordnung über mögliche Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen aus Anlass von besonderen Ereignissen in der Stadt Fürstenwalde wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.4 Gebührensatzung Markt 2011 5/310**

Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende.

Die ursprünglich geplante Vergabe - die wir mal realisiert haben, die Betreuung an eine Agentur zu übergeben, hat ja offensichtlich mit Unzufriedenheit in Bezug auf die Qualität des Marktes zu tun. Jetzt wurde festgestellt, dass die Agentur das Ziel, die Attraktivität des Marktes zu steigern, nicht erreicht hat. Wurde mit der Übernahme des Marktes in die Hände der Stadt das Ziel aufgegeben, denn ich vermute; durch die reine Verwaltung der Marktstände und das Einkassieren der Gebühren wird nicht wirklich ein Qualitätssprung erreicht. Die Frage ist, ob eine Neuausschreibung geplant ist?

Herr Hengst erklärt, dass die Stadt den Plan und das Bemühen, die Attraktivität des Marktes zu steigern, nie aufgeben wird. Es musste jedoch festgestellt werden, dass es auch privaten Betreibern nicht gelungen ist, die Attraktivität des Marktes zu steigern.. Wir mussten feststellen, dass es bei einer Aufweitung unseres Marktes Grenzen gibt und trotz mehrerer Varianten kein wirklicher Erfolg zu verzeichnen war. Wir konnten keine neuen Marktbesucher für uns begeistern und nur für die reine Verwaltung des Marktes waren uns die Kosten dann doch zu hoch. Wir werden jedoch das Kaufverhalten der Bürger im Auge behalten und nach möglichen Neuerungen Ausschau halten. Bis dahin wollen wir den jetzigen Standard zumindest erhalten, wenn nicht sogar erhöhen.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die in der Anlage enthaltene Gebührensatzung für den Wochenmarkt der Stadt Fürstenwalde/Spree (Marktgebührensatzung) wird beschlossen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.5 Sondernutzungsgebührensatzung 5/311**

Herr Dr. Wetter möchte über eine kurzfristige Ergänzung im § 3.3 der Sondernutzungssatzung informieren, die bereits im Ratsinformationssystem eingestellt wurde.

Die kurzfristige Ergänzung in § 3.3 lautet wie folgt:

Ergeben sich bei der Ermittlung der zu berechnenden Fläche Bruchteile eines Quadratmeters, so werden diese stets ganzzahlig aufgerundet.

Dabei geht es schlicht und ergreifend um die Tatsache, dass wir bei den Quadratmetern die Kommastellen aufrunden. Inhaltlich wird es keine Änderungen geben. Dies hat noch Auswirkungen auf die Nr. 2 Gebührentarife. Dort steht jetzt nicht mehr - je angefangenen Quadratmeter - sondern nur noch - je Quadratmeter.

### **Beschlussvorschlag:**

Die in der Anlage enthaltene Sondernutzungsgebührensatzung (Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen und kommunalen öffentlichen Anlagen in der Stadt Fürstenwalde/Spree) wird beschlossen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.6 Benutzungssatzung der Stadtbibliothek Fürstenwalde/Spree**

**5/314**

Es besteht kein Erläuterungsbedarf.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in ihrer Sitzung am 14.04.2011 die Benutzungssatzung der Stadtbibliothek Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.7 Gebührensatzung der Stadtbibliothek Fürstenwalde/Spree**

**5/315**

#### Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende

Wenn man sich den Vorgang anschaut, scheint es logisch und auch folgerichtig, nach Jahren der Nichtanpassung und Überprüfung von städtischen Satzungen, Gebührenerhöhungen zu realisieren. Das liegt zum einen im Trend und was für den Markt und die Sondernutzungssatzung soeben auch galt, soll nun auch für die Bibliotheksgebührensatzung gelten, oder?

Die Fraktion hat lange diskutiert und überlegt, ob Sie dem Trend folgen sollen und was wir hier gerade tun. Herr Wende gibt folgendes zu bedenken:

Bibliotheken sind als öffentliche Bildungseinrichtungen, so wie wir sie kennen, nicht unbedingt die Erfindung eines aufgeklärten Bürgertums. So wie wir sie auch in Fürstenwalde kennen und nutzen, sind Orte der Begegnung mit Kultur und Wissen, und nicht einfach Archiv von Wissen, sondern sie sind entstanden aus der sogenannten emanzipierten Arbeiterbewegung. Es waren Arbeiterbildungsvereine die kostenlosen Zugang zum Wissen organisierten. Es wurde so der Zugang zu Bildung und Wissen unabhängig von Herkunft und Verdienst realisiert. Diesen Anspruch haben wir in Fürstenwalde schon lange durch die Einführung von Bibliotheksnutzungsgebührensatzungen verlassen, schade. Die Mitarbeiterinnen der Bibliothek haben in der Vergangenheit unserer Meinung nach in einer Mischung von hohem zusätzlichem Engagement, aus eingeworbenen Spenden, Fördermitteln und dem städtischen Budget es geschafft, die Zahl von Leser und Leserinnen, gerade von Kindern und Jugendlichen, gerade aus sozial schwachen Familien oder aus Familien mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Dies kann ich als ehrenamtlicher Vorleser bestätigen. Sie haben es geschafft, deutlich höhere attraktivere Veranstaltungen und Programme zu entwickeln und das Medienkontingent begrenzt und attraktiv zu erhalten. Gerade und nicht allein wegen der künftigen Gebühren besteht die Gefahr, dass die Erhöhung der Gebühr eine negative Auswirkung auf die Entwicklung der Nutzerzahlen haben wird. Die emotionale Schwelle zur Nutzung der Bibliothek wird dadurch wieder erhöht. Das langjährige Engagement zur Leseförderung wird gestört, es wird einen Knick in der Leser/-innenzahl geben und die Beziehungsarbeit zu den Kindern und Jugendlichen wird nachhaltig gestört. Von den Mitarbeiterinnen erwarten wir, dass sie in vielen Bereichen wieder von vorn anfangen müssen. Es stellt sich also die Frage, ob dies mit der heute zu verhandelnden Gebührenerhöhung zu rechtfertigen ist. Wir meinen - nein! Wenn wir die Arbeit unterstützen und anerkennen wollen, wenn wir Lesekultur fördern wollen, dann erhöhen wir heute bewusst nicht die Gebühren und verzichten darauf. Und machen uns in einem der nächsten Haushalte auf den Weg, Benutzungsgebühren für Bibliotheken ganz abzuschaffen.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt die Drucksache ab und bittet die anderen Fraktionen, dies ebenso zu tun. Der zu erwartende Schaden wird höher ausfallen, als der marginale zu erwartende Gewinn von 3000 €. Die Außenwirkung wird ebenso verheerend sein.

Für einen FSV Union gibt es einen zinslosen Kredit, für Straßenausbaubeiträge versucht der Bürgermeister auf mögliche Einnahmen zu verzichten, die Stundung der Altanschließergebühren erfolgt



ebenso zinslos, aber für Bibliotheken, für Bildung erhöhen wir heute die Gebühren. Spannender wäre aus unserer Sicht, über die weitere Entwicklung der Bibliothek zu reden, z.B. ob eine Zweigstelle in Fürstenwalde Nord im Mehrgenerationenhaus realisiert werden könnte oder wie wir die Arbeit und Ausstattung unserer Schulbibliotheken weiter fördern können und inwieweit unsere städtische Bibliothek hier eingebunden werden kann. Vielleicht rechtfertigen Leistungserweiterungen eher Gebührenerhöhungen?

Herr Hengst nimmt zu den Erläuterungen des Abg. Wende Stellung, wie folgt:

Der Bürgermeister betont, dass der Vortrag auch von der Stadt hätte kommen können und es auch der Wille und die Argumentation der Verwaltung war, den Beitrag gerade für die Kinder und Jugendlichen auf dem bisherigen Niveau zu belassen.

Zu den Anmerkungen in Bezug auf den FSV, betont Herr Hengst, dass die Stadt dem Verein keinen zinslosen Kredit gewährt, sondern der Verein erbringt eine Leistung für die Stadt und erhält dafür eine Vorfinanzierung. Die anstehenden Arbeiten sind eigentlich gar nicht die Aufgabe des Vereins wäre, sondern Aufgabe der Stadt, da das Stadion Eigentum der Stadt ist. Herr Hengst bemerkt, dass es ein Novum in der Geschichte dieser Stadt ist, dass ein Verein bereit ist, 100.000 € aus Eigenmitteln in die Ausstattung einer Sportstätte zu investieren.

Und wenn wir über Beiträge reden, der Bürgermeister fordert auch keine Beiträge ein, der Bürgermeister stellt klar, welche Möglichkeiten wir in der Stadt Fürstenwalde haben. Diese rechtlichen Möglichkeiten zu den Straßenausbaubeiträgen werden durch den Bürgermeister in der nächsten Sitzung den Abg. vorgestellt und dann müssen diese entscheiden, ob Sie diesen Weg gehen wollen, ob Sie keinen Gebrauch davon machen wollen.

Bei den Altanschließerbeiträgen gibt es gerichtliche Entscheidungen, bei denen der Ermessensspielraum gleich Null ist. Bei den Erschließungsbeiträgen gibt es einen Ermessensspielraum, den es dann gilt, auszuloten. Der Bürgermeister wird mit seiner Verwaltung Vorschläge unterbreiten und dann gilt es, eine Entscheidung zum Wohle aller zu treffen.

Grundsätzlich geht die Verwaltung mit der Meinung der Fraktion DIE LINKE konform, deshalb ist für die Kinder und Jugendlichen keine Anhebung der Gebühren vorgenommen worden und bei den sozial schwachen Familien wurden schon relativ günstige Tarife vereinbart.

SPD-Fraktion, Abg. Wagner

Frau Wagner geht auf die Vermutung des Abg. Wende ein, dass mittellose Kindern von armen Familien auf Grund der Gebührenerhöhung zukünftig nicht mehr in die Bibliothek gehen werden.

Sie verweist die Fraktion auf den

§ 1 Gebührenpflicht, welcher besagt: „Empfänger von laufenden nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), Asylbewerberleistungsgesetz“. Empfänger dieser Leistungen sind von der Gebührenpflicht befreit, es ändert sich für diesen Personenkreis also nichts. Und wenn ein Erwachsener im Monat 1€ zahlt, dann ist dies aus Sicht der SPD- Fraktion nicht zu teuer.

FDP-Fraktion, Abg. Hoffrichter

Herr Hoffrichter bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die Arbeit der Verwaltung und dafür, dass es für die Kinder und Jugendlichen keine Erhöhung in den Gebühren gibt. Der Vorschlag der Linken ist zwar berechtigt, aber nur dann wenn man alles verschenken will und kann. Die Fraktion der FDP schließt sich der Auffassung der SPD an und stimmt dem Beschlussvorschlag auch in Anbetracht der ständig steigenden Bücherkosten zu.

CDU-Fraktion, Abg. Koch

Herr Koch weist Herrn Wende darauf hin, dass die von ihm angesprochenen Personenkreise von den Gebührenerhöhungen nicht betroffen sind, andere wiederum sind betroffen, darunter fällt auch er als Abgeordneter und er hat kein Problem damit, diese Gebühren zu zahlen.

Fraktion DIE LINKE, Abg. Fiedler

Frau Fiedler möchte richtig stellen, dass auch Jugendliche von der Gebührenerhöhung schon betroffen sind, da hier nur von Jugendlichen bis 17 Jahren gesprochen wurde. Unter Jugendlichen sind

auch Auszubildende, Studenten oder Jugendliche, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren, zu verstehen. Bei diesem Personenkreis gibt es eine Gebührenerhöhung, ebenso verweist die Abg. Fiedler auf die Personen, die mit Einkünften knapp über dem Regelsatz leben müssen. Für diese Personengruppen ist eine solche Gebührenerhöhung auch gravierend.

Herr Hengst verweist auf § 3, der eine Gebührenpflicht ab dem 18. Lebensjahr ausweist. Allerdings sind bei Vorlage von Schülersausweisen und Bafög-Bescheiden alle Schüler auch ab 18 Jahren befreit. Zahlen muss ein Schüler erst dann, wenn er selbst eine Ausbildungsvergütung erhält und das sind dann 4 €.

#### SPD-Fraktion, Abg. Alter

Frau Alter weist darauf hin, dass die Gäste im Saal nicht über den Inhalt der Drucksache informiert sind und erklärt daher kurz, von welchen Beträgen hier gesprochen wird.

12 €/ Jahr für Erwachsene

8 €/ Jahr für Auszubildende/ Studenten/ Freiwilliges soziales Jahr

18 €/ Jahr für eine Familie mit 2 minderjährigem Kindern

4 €/ Jahr für Schüler bis einschl. 17 Jahren/ Schüler mit Schülersausweis

Die Abg. Alter stuft die aufgeführten Gebühren im Verhältnis zu den sonstigen Ausgaben, die Jugendliche so tätigen, als vergleichsweise niedrig ein.

#### Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende

Herr Wende bedankt sich für die Darstellung der Fakten durch die Abg. Alter und betont dennoch, dass die Leseanimation der Kinder und Jugendlichen trotz allem, auch durch eine moderate Gebührenerhöhung, in Frage gestellt ist. Er verweist auf die Stiftung Lesung, aus der hervorgeht, dass über 67% der Kinder nicht mehr bereit sind zu lesen. Dies ist u. a. ein Grund die Kinder und Jugendlichen über verschiedene Leseprojekte weiter zum Lesen zu animieren und auch diese weiterhin kostenlos anzubieten.

#### CDU-Fraktion, Abg. Hilke

Herr Hilke stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung für die STVV der Stadt Fürstenwalde/ Spree: Er bittet den Vorsitzenden um Einhaltung der Geschäftsordnung und verweist auf den § 9 Ziffer 6, der Geschäftsordnung, wonach jedes Mitglied der STVV zu einem Antrag nur einmal sprechen darf.

#### SPD-Fraktion, Abg. Wagner

Frau Wagner möchte mit einem Missverständnis aufräumen und wendet sich an den Abg. Wende. Sie verweist noch einmal auf den Sozialausschuss, in dem auch die Leiterin der Bibliothek, Frau Paul, anwesend war. Diese erklärte anhand der alten Gebührensatzung, dass die Besucherzahlen aus dem Stadtteil Nord wesentlich geringer seien, als die aus dem Stadtteil Süd kommenden Leser. Daraus kann man schlussfolgern, dass nicht finanzielle Gründe die Ursache für die Nichtnutzung der Bibliothek sind, zumal in Nord und Süd Hilfeempfänger leben.

Der Vorsitzende beendet die Diskussion und bittet um Abstimmung!

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt in ihrer Sitzung am 14.04.2011 die Gebührensatzung der Stadtbibliothek Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 21 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.8 Einfacher Bebauungsplan Nr. I "Einzelhandelsentwicklung Fürstenwalde Nord" hier: Satzungsbeschluss 5/306**

#### Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende

Herr Wende stellt fest, dass bei der Einbringung des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes beschlossen wurde, dass es sich dabei um einen Textbebauungsplan handelt. Dieser setzt die zeichnerische, die nach Straßen sortierte, nach Verzeichnisliste etc. - Untersetzung des Planes vor. In der Folge wird es B-Pläne zur Umsetzung der Einzelhandelskonzeption sondiert nach Stadtteilen für

Nord; Mitte und Süd geben.

Die Pläne für Nord wurden im Ausschuss ausführlich diskutiert. Die Bearbeitung der Pläne für Mitte und Süd stagnieren derzeit. Im Ausschuss wurde auf die Anfrage zum derzeitigen Sachstand mitgeteilt, dass im Moment nicht an den Plänen weitergearbeitet wird und es kein Interesse mehr daran gibt, diese zu verfolgen. Der Abg. Wende möchte wissen:

1. ob die Informationen so richtig ist,
2. warum wurde eine Veränderung vorgenommen wurde und
3. gefährden wir damit den Rechtsbestand des Textbebauungsplanes des Einzelhandelskonzeptes?

Herr Roch bestätigt, dass die Fragen im Stadtentwicklungsausschuss von ihm so beantwortet wurden und er verweist darauf, dass er den Sachverhalt in seinem Fachbereich noch einmal auf den Prüfstand genommen wird und danach Herr Wende eine Antwort erhält.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden und auf Grund der Benachrichtigung von der öffentlichen Auslegung Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in Anlage 2, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S.286), geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S.202) in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) den Einfachen Bebauungsplan Nr. 1 „Einzelhandelsentwicklung Fürstenwalde Nord“ für das Gebiet gemäß Flurstücksliste (Anlage 1), bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 8.9 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Heideland) hier: Einleitungsbeschluss 5/307**

Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende

Herr Wende erkundigt sich anlehnend an den Stadtentwicklungsausschuss, welche Chancen gibt es im Bereich des Heidelandes die verwilderten Buschsituationen zu Wald zu erklären, wobei die Erklärung – Waldfläche - zwingend notwendig erscheint!? Er erkundigt sich weiter, inwieweit die Möglichkeit besteht, Waldfläche darüber zu legen, um später das Gebiet auch überplanen zu können und das Verfahren hinsichtlich der Erstellung der Außenbereichssatzung voran zu treiben. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung. Vom beauftragten Planer Herrn Christfried Tschape wurde im Ausschuss sehr vage signalisiert, dass es sich um eine sehr fragwürdige und zugleich rechtlich umstrittene Lösung handelt. Herr Wende stellt nochmals die Frage, ob es weiterhin sinnvoll erscheint, dieses Verfahren weiter zu betreiben, da die fachliche Meinung im Ausschuss schon sehr deutlich geworden ist. Er fordert die Abgeordneten auf, über die Änderung und Erarbeitung eines Flächennutzungsplans und die Erarbeitung einer Außenbereichssatzung nochmals nachzudenken und zu überlegen, ob man das Verfahren doch einstellen sollte.

Der Bürgermeister erklärt, dass bei Einstellung der Aktivitäten jedes Bemühen im Bereich Heideland, Baurecht zu erwirken bzw. die vorhandenen Bauten zu sanktionieren, nicht mehr möglich ist.

CDU-Fraktion, Abg. Hilke

Herr Hilke bemerkt, dass seine Frage im Ausschuss dahingehend gestellt wurde, inwieweit ist es für

die Eigentümer der betroffenen Flächen Auswirkungen hat, dass bislang als Grünfläche ausgewiesene Flächen, nunmehr zu Waldflächen umgewandelt werden - durch die FNP-Änderung. Ihm wurde mitgeteilt, dass dies eine Voraussetzung für die Sicherung der dortigen Grundstücke sei. Herr Hilke betont, dass er die Auffassung des Abg. Wende nicht teile und er für die Erarbeitung einer Außenbereichssatzung im Sinne der Heideländer stehe. Nur weil es im Moment noch keine rechtlich verbindlichen Aussagen gibt, heißt dies nicht, dass es keine Lösungen gibt.

Herr Hengst ergänzt, wenn die Stadt dort Waldflächen ausweisen, so heißt das natürlich nicht für dies Flächen, wo noch keine Bäume stehen, dass die Eigentümer morgen verpflichtet sind, Bäume zu pflanzen. Genauso wenig heißt dies, wenn wir einen B-Plan auf den Weg bringen, muss deshalb nicht morgen gebaut werden.

Es handelt sich hier um eine planerische Ausweisung, im Moment ist es unwesentlich, ob es sich um eine Grün- oder Waldfläche handelt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde.

**Zustimmung Ja 21 Nein 0 Enthaltung 10 Befangen 0**

### **TOP 8.10 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (ehemaliges Flugplatzgelände) hier: erneute Erweiterung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss 5/308**

#### Fraktion Bündnis 89/ DIE GRÜNEN, Abg. Zänker

Herr Zänker erklärt, dass das Landesamt für Verkehr und Straßenwesen ja ausdrücklich ausgeführt hat, dass derzeit eine Überplanung des Geländes unzulässig ist. Es verweist auf die Zeiträume in denen Verwaltungsgerichte zu entscheiden pflegen. Dabei ist für ihn nicht ersichtlich, auf welchen seriösen Weg der Investor dann hoffen kann, dass sein Projekt innerhalb des von der Verwaltung genannten Zeitrahmens umgesetzt werden kann. Er bittet die Abgeordneten, diesen Aspekt bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

#### CDU-Fraktion, Abg. Petenati

Herr Petenati verweist auf die bisher bekannte Position der CDU-Fraktion und erklärt, da sich in der Sachlage an sich nichts geändert hat, wird die Fraktion mehrheitlich gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

#### CDU-Fraktion, Abg. Hilke

Herr Hilke erklärt, dass er heute einen Anruf, eines für die Umwandlung von Braunkohle zuständigen Vattenfall-Mitarbeiters, hatte, der auch auf solchen Flächen ebenfalls Solarfelder entwickelt. Dieser hält es für ein Ünding, dass der Investor sich bislang nicht beim zuständigen Fachausschuss vorgestellt hat.

#### SPD-Fraktion, Abg. Wagner

Frau Wagner erklärt, dass man aus der Presse die Situation und Meinung des Stadtentwicklungsausschusses gut entnehmen konnte. Sie zeigt Unverständnis dafür, warum es zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Aufregung gibt, zumal die Entscheidung, dem Investor bei seinem Vorhaben zu helfen, bereits vor einiger Zeit getroffen wurde.

Sie verweist weiterhin darauf, dass die Verwaltung nun dafür zuständig ist, Genehmigungen einzuholen, Flächennutzungspläne und B-Pläne zu schaffen.

Frau Wagner betont, dass die Abgeordneten bislang keinen Zeitdruck gehabt haben. Bis auf einen zusätzlichen Termin war alles in der normalen Sitzungslinie. Des Weiteren erinnert Sie die Abgeordneten an ihre originären Aufgaben, auch dafür zu sorgen, dass Einnahmen in die Kassen der Stadt gelangen können.

Herr Hengst, verweist nochmals darauf, dass der Flugplatz nie im Eigentum der Stadt Fürstenwalde war. Nach jetzigen Erkenntnissen wird es keinen Flugbetrieb mehr geben, da der neue Eigentümer

die Fläche anders nutzen möchte. Was den Zeitdruck angeht, gab es am 11.06.2009 einen Beschluss, der vorsah auf dem Flugplatz eine Solaranlage zu errichten. Alles was danach passiert ist, wurde von den Abgeordneten beschlossen. Die Stadt hat die Trägerbeteiligungen vorgenommen und die Stadt will jetzt das Verfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit zugänglich machen. Der Bürgermeister gibt weiter zu bedenken, ob es zukünftig gewollt ist, dass bei allen Grundstücksverkäufen von privaten Eigentümern, die ihre Grundstücke für eine gewerbliche Nutzung zur Verfügung stellen wollen, dann auch so sein wird, dass sich der angedachte Käufer/ Investor persönlich in der Verwaltung vorstellt.

Die Frage ist, ob die Stadt Planungen für einen einzelnen Investor macht oder ob die Stadt eine Planung macht, weil die Abgeordneten meinen, dass sich z. B. der Flugplatz für eine solche Nutzung anbietet? Die Stadt hat die Macht der Planungshoheit und sollte die Nutzungen nicht personifizieren.

#### Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende

Die Motivationen, zu sagen, dass es eines unnötigen Zeitdruckes bedarf, ist aus Sicht des Abg. Wende in den einzelnen Fraktionen sicher unterschiedlich. Er verweist nochmals auf den Abwägungs- und Prüfungsprozess, für den die Abgeordneten genügend Zeit haben sollten und welcher sauber abgeschlossen werden sollte. Herr Wende betont weiter, dass es ihm wichtig ist, dass das Projekt später auch einer naturschutzrechtlichen Prüfung Stand hält. Weiterhin möchte er verhindern, dass es zu einem unnötigen Verfahren mit dem Landesumweltamt kommt.

Er bestätigt die Aussage des Bürgermeisters, dass wir uns derzeit im Planungsverfahren befinden und entscheiden, welche Art von Planung wollen wir, für Flächen die uns nicht gehören, zulassen. Dennoch würde der Abg. Wende es unterstützen, wenn der Investor sich im Ausschuss mal vorstellen würde (siehe NCC, Cafe Donde), um so auch die Vertrauensbeziehung aufzubauen und in diesem Zuge noch offene Fragen Einzelner zu klären.

Der Bürgermeister unterstreicht den Ansatz des Abg. Wende und teilt mit, dass auch der Investor die Informationen aus der örtlichen Presse verfolgt hat und daraufhin eine Mail zugesandt hat, in der er sein Erscheinen für den 10. Mai zugesagt hat.

Ergänzend zum nächsten TOP erklärt Herr Hengst, wenn die Untersuchungen Anhaltspunkte dafür geben, dass Naturschutzbelange berücksichtigt werden müssen, dann wird das Verfahren in der Kürze der Zeit nicht funktionieren. Wenn man unterstellt und zurückgreift auf Erfahrungen Anderer greift man im Worst- case zurück, d.h. dann wird der schlechteste Fall angenommen. Ob dies reicht, prüfen die Träger der öffentlichen Belange, darauf haben wir keinen Einfluss mehr. Wir bringen lediglich ein Verfahren in Gang.

#### CDU-Fraktion, Abg. Hoffrichter

Herr Hoffrichter erklärt, dass er Einiges richtig stellen möchte. Im Juni 2009 wurde der südliche Teil des Flugplatzes zum Gewerbegebiet erklärt. Damals wurde ausdrücklich festgehalten, dass der Flugbetrieb weitergehen kann. Dann kamen im Frühjahr 2010 die Hochrechnungen, wie viel Gewerbesteuer wir damit erwirtschaften würden und im Sommer 2010 begann dann erst das Verfahren zum Solarpark und nicht wie vom Bürgermeister genannt, 2009. Danach ruhte der Vorgang bis zum Januar 2011.

Herr Hoffrichter bemängelt in Bezug auf die Entwicklung des Flugplatzes die fehlenden Informationen in der Vergangenheit an die Abgeordneten in STVV und Stadtentwicklungsschuss. Informationen gab es, wenn überhaupt, nur über die Fraktionsvorsitzendenrunde und der Name des Investors ist bis heute nicht genannt worden.

Herr Hengst erinnert, dass die Entwicklung des Flugplatzes 2009 und auch 2010 Bestandteil der Tagesordnung der STVV war und auch im Juli 2009 darüber informiert wurde, dass wir eine große Fläche für Solaranlagen vorsehen. Richtig ist, dass damals gesagt wurde, dass der Erhalt des Flugverkehrs nach jetzigen Planungen für die Sportflieger durchaus denkbar ist. Dies hat sich erst im laufenden Verfahren anders entwickelt. Es gab damals schon entsprechende Hinweise allerdings in einer anderen Größenordnung, als sie sich heute darstellen. Wenn die Meinungsbildungen mit den Fraktionsvorsitzenden nicht in die Fraktionen weiter getragen werden, so ist das schade. Es macht

aus Sicht von Herrn Hengst keinen Sinn, dass der Bürgermeister eine Idee hat und diese allein umsetzen will. Das Ansinnen war, sich gemeinsam eine Meinung zu bilden, damit die Verwaltung mit etwas mehr Sicherheit an solchen Themen arbeiten kann. Es sollte mit den Fraktionsvorsitzenden eine Richtung herauskristallisiert werden, die mehrheitlich getragen wird und dass die Verwaltung somit die Rückendeckung erhält, um hierfür auch entsprechendes Personal einzusetzen. Wenn diese Informationen allerdings nicht weiter transportiert werden, so der Herr Hengst, muss man überlegen, ob diese Gesprächsrunden weiterhin Sinn machen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die erneute Erweiterung des Geltungsbereiches für die 15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Fürstenwalde/Spree um eine ca. 2,5 ha große Fläche an der Steinhöfeler Chaussee.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Planentwurf der 15. FNP-Änderung mit Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB öffentlich auszulegen.

**Zustimmung Ja 24 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0**

**TOP 8.11 Bebauungsplan Nr. 67 "Solarpark Flugplatz" 5/309**  
**hier: Beschluss über den Entwurf zur Auslegung gemäß § 3 Abs. 2**  
**i.V.m. § 4a BauGB**

Es gibt keinen Erläuterungsbedarf.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 67 "Solarpark Flugplatz" in der Fassung April 2011 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie unverzüglich die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

**Zustimmung Ja 24 Nein 5 Enthaltung 2 Befangen 0**

**TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Es gibt keine weiteren Informationen der Verwaltung für die Öffentlichkeit.

**TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

SPD-Fraktion, Abg. Alter

Frau Alter ist befremdet darüber, dass auch der Bürgermeister der Stadt Fürstenwalde erst Anfang der Woche darüber informiert wurde, dass die Hangelsberger Chaussee wegen Bauarbeiten gesperrt wird. Sie will sich selbst nach den Ursachen für die verspätete Mitteilung informieren. Des Weiteren erkundigt Sie sich, ob Herr Hengst zwischenzeitlich mit der Firma Reuther sprechen konnte, ob diese durch die Sperrung der Straße Nachteile in der wirtschaftlichen Betätigung zu verzeichnen hat?

Als zweiten Punkt bringt Frau Alter nochmals Ihren Unmut zu den Dopplungen der Veranstaltungen (Heimattiergartenfest und Familiade) für den 1. Mai zum Ausdruck und bittet den FBL – Herrn Dr. Wetter darum, es in seinem Fachbereich darzustellen, dass sich die Bündnispartner im lokalen Bündnis bei der Organisation solcher Veranstaltungen zukünftig besser abstimmen und ggf. auch gegenseitig unterstützen.

CDU-Fraktion, Abg. Hilke

Herr Hilke freut sich über die Chance und Möglichkeit des FSV Union, in die Oberliga aufzusteigen. Was den notwendigen Ausbau des Friesenstadions angeht, stuft er die Verfahrensweise als unor-

thodox ein. Nach seiner Ansicht hätte auch die Stadt als Eigentümer den weiteren Ausbau des Stadions vornehmen können. Er möchte wissen, welche Gründe lagen vor, warum dies nicht erfolgt ist. Er wäre bereit gewesen, dafür auch einen Nachtrag im Haushalt zu verabschieden. Ihn befremdet der Sachverhalt, dass dies über die Gewährung von Darlehen abläuft, weil hier auch die Möglichkeit eröffnet wird, dass diese nicht zurückgezahlt werden.

Weiterhin erklärt Herr Hilke, ist ihm zu Ohren gekommen, dass die Stadt Fürstenwalde im Besitz von Feuerwehrlöschfahrzeugen sein soll, die aus dem durch die Presse bekannt gewordenen Kartell von einer Firma für Feuerlöschfahrzeuge stammen soll. Er möchte wissen, ob das stimmt und wenn ja, werden dort Regressansprüche im Rahmen des laufenden Verfahrens angemeldet?

Herr Hengst nimmt zu den Fragen des Abg. Hilke Stellung und erklärt, dass der Haushalt zum damaligen Zeitpunkt bereits verabschiedet war, ansonsten wäre es auch ihm lieber gewesen, den vorgeschlagenen Weg zu gehen. Bedingt durch den sportlichen Druck gab es nur die Variante, ein Darlehen bei der Stadt zu beantragen und es wurde im Antrag des Vereins auch angesprochen, dass bei den künftigen Haushaltsberatungen dies einbezogen wird und ggf. von einer Rückzahlung des Darlehens abgesehen werden kann. Ohne einen nachhaltigen Ausbau ist ein Aufstieg nicht möglich.

Was die Problematik der Feuerwehrlöschfahrzeuge angeht, ja es gibt ein Fahrzeug, welches aber nicht von uns ausgeschrieben wurde sondern landesweit ausgeschrieben wurde. Aus diesem Fahrzeugpool des Landes hat die Feuerwehr ein Fahrzeug erhalten. Das Land kennt natürlich die Ursachen und wir haben uns mit dem StGB in Verbindung gesetzt und der ist im Moment in Verhandlungen mit dem Hersteller, eine gütliche Einigung zu finden. Es wird darüber gesprochen, ob für die angeschafften Fahrzeuge ein entsprechender Ausgleichsbetrag an die die betroffenen Kommunen gezahlt wird.

#### Fraktion DIE LINKE, Abg. Wende

Herr Wende lädt für den 1. Mai 2011 auch ins Stadtzentrum ein - zum traditionellen Tag der Arbeit, diesen gemeinsam mit den Gewerkschaften zu feiern und so die vielen Veranstaltungen miteinander zu verknüpfen.

Herr Wende bringt auch seine Freude zum möglichen Aufstieg des FSV Union zum Ausdruck und erkundigt sich, warum die Entscheidung zum Ausbau schon vor dem tatsächlichen Aufstieg muss? Der ganze Vorgang nennt sich lt. Wende in der Finanzwirtschaft – Organkreditgeschäft und ist untersagt, d. h. der Geldgeber ist sozusagen als Mitglied in einem Verein tätig, der dann davon profitiert. Herr Wende hat den Eindruck, dass die Kombination Präsident eines Sportvereins und Bürgermeister auf Dauer immer wieder ein Konflikt sein kann. Er erkundigt sich, ob der Bürgermeister darüber nachdenkt, ggf. den Posten des Präsidenten aufzugeben, um diesen Konflikt zu entflechten?

Der Abg. Wende erkundigt sich weiterhin nach den in der Verwaltung geschlossenen Zielvereinbarungen für die Mitarbeiter/innen und möchte wissen, warum ein externer Berater hinzugezogen wurde, welche Qualifikationen dieser hat und ob diese durch ihn nachgewiesen wurden, welche Kosten dafür von der Verwaltung getragen wurden, was sind verabredete Ziele, erfolgt eine Dokumentation des ganzen Prozesses, wird evtl. mal der Hauptausschuss als Personalausschuss über die Ergebnisse informiert?

Herr Hengst erklärt, dass wir uns seit 4 Jahren bemühen, den Ansprüchen des Leistungsentgeltes gem. dem TVÖD gerecht zu werden, da die Verwaltung dazu gesetzlich verpflichtet ist. Leider ist es der Verwaltung bisher nicht gelungen, eine geeignete Lösung zu finden. Bislang wurden die Mitarbeiter durch ihre Vorgesetzten anhand eines Punktesystems eingeschätzt. Hier kam es in der Vergangenheit zu Problemen. Daher wurde ein System gesucht, welches gleichzeitig den Dienstleistungsgedanken und die Entwicklung der Stadt optimieren sollte und auch einer gerichtlichen Prüfung stand halten kann. Es sollte die Subjektivität in den Hintergrund gestellt werden und daher wurde Herr Olthmanns als Unterstützung ins Boot geholt. Es ist möglich bis zu 8% des Jahresgehaltes über dieses Leistungsentgelt zu erhalten, wobei derzeit mit 1% begonnen wurde. Es haben

fast alle Mitarbeiter eine solche Zielvereinbarung abgeschlossen.

Was den Ausbau des Stadions angeht, war die Frage des Abg. Wende: Warum jetzt und warum so schnell? Die Saison endet Mitte Mai und die nächste Saison beginnt im September - wir brauchen also den ordnungsgemäßen Vorlauf, wir haben nur 2 Monate Zeit und werden von der Bauverwaltung begleitet. Die Auflagen sind so umfänglich, so dass diese nicht kurzfristig zu erledigen sind. Sollte ein Aufstieg nicht in diesem Jahr stattfinden, so wird der Verein weiter daran arbeiten, aber die Prognosen sind gut.

Da der Verein Herrn Hengst für die nächsten 2 Jahre als Präsident bestätigt hat, sieht er keinen Grund zurückzutreten, zumal er es sich bei Überschneidungen zutraut, mit diesen Angelegenheiten äußerst sensibel umzugehen. Die gestellten Anträge liefen über Dr. Fehse und wurden von Herrn Hengst nicht beeinflusst.

Dr. Fehse erklärt im Hinblick auf die Zielvereinbarungen, wo die Kosten im Haushalt verbucht werden. Diese sind, wie auch in den Haushaltsberatungen bei Dr. Fehse erklärt, unter dem Service/Personal und über das Produkt: Ziele veranschlagt.

#### FDP-Fraktion Abg. Hoffrichter

Auch der Abg. Hoffrichter äußert sein Unverständnis über die Sanierung der Hangelsberger Chaussee, wonach seiner Ansicht nach die Straße in einem durchaus guten Zustand ist. Er verweist auf die dringende Notwendigkeit, den Rest der August-Bebel-Straße in Richtung Autobahn auszubauen und bittet die Landtagsabgeordnete Frau Alter darum, diese Problematik dem zuständigen Minister für Infrastruktur, Herrn Vogelsänger, mitzuteilen.

#### SPD-Landtagsabgeordnete Alter

Frau Alter stimmt der Auffassung des Abg. Hoffrichter zu, zumal die Hangelsberger Chaussee ihre tägliche Wegstrecke ausmacht. Sie hat bereits heute in der Plenarsitzung genau diese Frage gestellt und dort wurde ihr vermittelt, dass dies ein Ergebnis von Untersuchungen ist, da diese Straße vielen Belastungen ausgesetzt ist. Trotz allem wird Sie für die Zukunft darauf verweisen, dass betroffene Behörden rechtzeitig informiert werden.

#### CDU-Fraktion Abg. Koch

Herr Koch informiert, dass die Landesregierung ein neues Vergabegesetz beschlossen hat mit erheblichen Auswirkungen für die Bürokratie. Dieser bürokratische Mehraufwand soll ersetzt werden. Die Frage an Dr. Fehse ist, ob die Stadt zusätzliches Personal benötigen wird und wie der bürokratische Mehraufwand bei uns aussehen wird?

Auch die Vergaben werden in einigen Bereichen teurer, z.B. die Reinigung des Rathauses und hier möchte Herr Koch wissen, ob es erste Schätzungen, gibt wie hoch die Mehrausgaben sein werden?

Dr. Fehse erklärt, dass er noch keine genauen Zahlen angeben kann, aber verweist darauf, dass bei den Reinigungsleistungen auch jetzt die Einhaltung der Mindestlöhne bereits Beachtung findet.

Das Gesetz ist nach seiner Information noch in den Beratungen der Ausschüsse und noch nicht beschlossen. Herr Dr. Fehse geht davon aus, dass kein zusätzliches Personal benötigt werden wird.

#### SPD-Fraktion Abg. Alter

Frau Alter begrüßt die Zahlung von Mindestlöhnen und betont, dass es unabdinglich ist, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen. Diesen Aspekt sieht sie als Erfolg.

#### Fraktion DIE LINKE Abg. Sachse

Herr Sachse bezieht sich in seiner Anfrage auf den letzten Hauptausschuss und möchte erneut wissen, wie es mit der Umsetzung des Bildungspaketes steht. Bisher kam von Seiten der Verwaltung kein Feedback. Nach seiner Information legt Herr Lindemann Wert darauf, dass Anträge beim Landkreis bis zum 30.04.2011 gestellt werden, weil sonst die Frist abläuft. Seine Frage ist, was tut die Stadt dafür, Anspruchsberechtigte darauf hinzuweisen.

Was den Club im Park angeht, zeigt er Verständnis für den Tierschutz, gibt aber zu bedenken, dass der Club trotz kleinerer Baumängel provisorisch geöffnet werden sollte, da dieser nutzbar ist.



Er mahnt an, je länger der Club nicht genutzt werden kann, umso mehr Jugendliche suchen sich andere Orte der Begegnung.

Herr Roch bestätigt, dass eine provisorische Nutzungsfreigabe mit der Bauaufsicht erzielt werden sollte. Eine schriftliche Bestätigung liegt trotz mündlicher Zusage jedoch noch nicht vor. Diese will Herr Roch erst abwarten, danach können alle Nutzungsverträge geschlossen werden. Was die feuchte Wand im Club angeht, ist dies eine Innenwand und Bestandswand und an der Stelle bittet Herr Roch die Presse zukünftig vorab um Gespräche mit den Fachleuten, um die Bürger nicht unnötig in Aufregung zu versetzen.

Herr Hengst geht auf die Anfrage zum Bildungspaket ein und erklärt, dass unserer Verwaltung bis zum heutigen Tag keine Antragsformulare vorliegen und vom Landkreis auch keine übersandt wurden. Nach neuem Kenntnisstand wird die Verwaltung informieren.

#### SPD-Fraktion Abg. Alter

Frau Alter geht nochmals auf die Frist zur Abgabe von Anträgen für das Bildungspaket ein und erklärt, dass diese Frist nur für rückwirkende Zahlungen bis zum 31.03.2011 gilt.

#### Fraktion DIE LINKE, Abg. Gollmer

Herr Gollmer erkundigt sich danach, was die Stadt gegen die ständigen Brände im Bereich des stillgelegten Kraftwerkes am Ende des Tränkeweges unternimmt, schließlich sind hier erhebliche Kosten für die Feuerwehr der Stadt zu verzeichnen.

Herr Hengst erklärt, dass das Werk –Die Weser- von einem Insolvenzverwalter verwaltet wird und dieser in der Regel kein Geld für laufende Unterhaltung ausgibt, sondern nur das Notwendigste unternimmt. Die Brandeinsätze werden in der Regel nicht vergütet, was heißt, dass die Stadt auf den Kosten sitzen bleibt. Der Bürgermeister ist wiederum nicht bereit, noch zusätzliche Gelder in dieses Objekt zu stecken, da es sich hier um ein Fass ohne Boden handelt. Der Insolvenzverwalter sucht seit längerer Zeit nach einem Käufer, aber keiner ist bereit, hier zu investieren.

### **TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst 17 Seiten.

Jürgen Teichmann  
Vorsitzender

Schriftführer